

---

<b>Datum</b>	<b>Dokument</b>	<b>Seiten</b>
23.11.1927	Vereinsanmeldung Roter Frontkämpferbund	3
4.12.1927	Einladung zum I. Kongreß des Roten-Frontkämpfer-bundes	1
6.12.1927	Behördliche Untersagung	2
10.12.1927	Vereinsanmeldung Roter Frontkämpferbund	1
[10.12.1927]	Statuten Verein Roter Frontkämpferbund	2
23.12.1927	Behördliche Untersagung	2
16.1.1928	Vereinsanmeldung Roter Frontkämpferbund	1
[16.1.1928]	Satzungen Roter Frontkämpferbund	4
19.3.1928	Ersuchen um Bestätigung der Nichtuntersagung	1
30.3.1928	Abweisung des Ansuchens um Bestätigung der Nichtuntersagung	2
		<b>19</b>

Die Unterzeichneten bringen hiermit die Gründung des Vereines

**"ROTER FRONTKÄMPFERBUND"**

**O E S T E R R E I C H S**

zur behördlichen Anmeldung.

§ 1. Der Verein "Roter Frontkämpferbund ~~Oesterreichs~~"  
hat seinen Sitz in Wien und erstreckt sich auf das Gesamtge-  
biet <sup>der Republik</sup> ~~der Republik~~.

§ 2. Der Rote Frontkämpferbund setzt sich zum Ziel die  
Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung gegen alle <sup>alle</sup> Angriffe zu  
verteidigen. <sup>Er entfaltet in diesem Zweck bestmögliche</sup>

§ 3. Mitglied des Vereines kann jeder werden, der auf dem  
Boden des Klassenkampfes steht; die Aufnahme in die Ortsgruppen  
unterliegt der Bestätigung durch die <sup>Wiener</sup> Bundesleitung.

§ 4. Der Verein gliedert sich in <sup>Landes-, Bezirks-, Ortsgruppen-</sup> ~~Landes-, Bezirks-, Ortsgruppen-~~ Organisation, Bezirksorganisation, Ortsgruppe. Die höchste  
Instanz ist die jährlich stattfindende <sup>Landes-</sup> ~~Bundes-~~ Tagung. Die Lei-  
tung der laufenden Agenden obliegt der auf der <sup>Landes-</sup> ~~Bundes-~~ Tagung ge-  
wählten <sup>Wiener</sup> ~~Bundes-~~ Leitung, im <sup>Landes-</sup> ~~Bundes-~~ Ausschuss, den auf den entsprechen-  
den Konferenzen <sup>Landes-, Bezirks-, Ortsgruppen-</sup> ~~gewählten~~ Leitungen in <sup>Landes-, Bezirks-, Ortsgruppen-</sup> ~~Landes-, Bezirks-, Ortsgruppen-~~ Ausschuss. Die Wahl der Lei-  
tungen erfolgt mit Stimmenmehrheit.

§ 5. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 30 Groschen monatlich,  
er kann durch Beschluss der Bundesleitung geändert werden.

§ 6. Stimmberechtigt sind jene Mitglieder, die mit ihren  
Beiträgen nicht länger als 3 Monate im Rückstande sind. Das  
Mitgliedsrecht erlischt bei einem Verzuge der Beiträge von 3 Mo-  
naten.

§ 7. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Direktiven der  
Leitungen durchzuführen. Die Leitungen sind berechtigt, Mitglie-  
der die ihre Mitgliedspflicht nicht erfüllen zu rügen, bezw.

An 57

Ermit <sup>Stimmernahme</sup> ~~Stimmernahme~~  
E zwölf Gliedern

+ Die Landes-  
Leitung wählt für die  
Jahre eines Ja-  
hres den Obman

nur Himmelsmelodie eine Landes-  
leistung, welche aus einem Obmann  
und ~~untergeordneten~~ besteht.

Zur Landesregierung entsenden je  
50 ~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup> Delegierten,  
die auf ~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup>

~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup> ~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup>

~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup> ~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup>

~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup> ~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup>

~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup> ~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup>

~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup> ~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup>

~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup> ~~der~~ <sup>der</sup> ~~Landesregierung~~ <sup>Landesregierung</sup>

zu suspendieren oder auszuschliessen. Doch bedürfen alle der-  
artigen Beschlüsse der Bestätigung durch die Bundesleitung. Den  
Ausgeschlossenen steht als letzte Instanz die Berufung an die  
Landes-  
Bundestagung offen. Wenn mindestens die Hälfte der Mitglied-  
schaft die Hinderung einer ausserordentlichen Konferenz, bzw.  
Landes-  
Bundestagung verlangen, ist die Leitung verpflichtet, innerhalb  
von 3 Monaten die Konferenz einzuberufen.

§ 8 Die Schlichtung allfälliger Streitfälle erfolgt  
durch ein Schiedsgericht, das von der Bundesleitung eingesetzt  
bzw. bestätigt wird. Jedem der klageführenden bzw. beschul-  
digten Teile steht das Recht auf Entsendung von 2 Vertretern in  
das Schiedsgericht zu .

§. 9 Im Falle der Auflösung des Vereines verfällt das Ver-  
mögen zu Gunsten der Zeitung "Arbeiterstimme." Wien.

§. 10 Die Auflösung des Vereines erfolgt, wenn ein Drittel  
der Mitglieder es verlangen.

Wien am 23. November 1927.

Für das Prägenotatendatums :

# Einladung

zum

## I. Kongreß

des

### Roten-Frontkämpferbundes

**(R. F. B.)**

Sonntag, den 4. Dezember 1927, um punkt 9 Uhr  
vormittags (Dauer den ganzen Tag), in Wawra's  
Saal XVI., Hellgasse 7 (Straßenbahn: J, J<sup>2</sup> od. C)

#### GENOSSE!

Dem schwarzen und gelben Gesindel, vereinigt in  
konterrevolutionären Parteien mit ihrer aktiven und  
mordlustigsten Organisation, dem

#### **schwarzgelben Frontkämpferbund**

bekannt durch seine zahlreichen, feigen Mordtaten  
an Arbeitern (Birnecker, Still, Kovarik, Müller,  
Cmaritsch usw.) mit dem Ziele, die Arbeiterklasse  
niederzuwerfen und den

#### **Faschismus**

aufzurichten, müssen wir uns, Kommunisten-Bolsche-  
wiken, revolutionäre Sozialdemokraten und Parteilose  
in einen Kampfbund zusammenschließen, der eisern  
sein muß. Der schwarzen, hakenkreuzlerisch-kapita-  
list'schen Front, müssen wir die

#### **Rote Front**

des Proletariats gegenüberstellen, in der alle revolu-  
tionären Arbeiter sich sammeln zu einem eisernen

#### **Kampfbund**

dem wir den Namen

#### **Roter Frontkämpferbund**

geben wollen und der zum Unterschied vom

#### **Republikanischen Parade-Schutzbund**



welcher am 15. Juli vollständig versagte, ein Bund  
roter Klassenkämpfer sein muß, der stets am Platze  
ist wenn die Stunde es erfordert.

#### Genosse!

wir glauben uns nicht zu täuschen und in Dir einen  
künftigen

#### **roten Soldaten**

zu finden, der seiner Klasse stets treu ergeben ist.

 **Erscheine zuverlässig und pünktlich!** 

#### TAGESORDNUNG:

1. Zweck und Ziel des R. F. B.  
Referent: Gen. **Dr. Josef Frey** (ehemaliger Kom-  
mandant der roten Garde)
2. Die Organisationsform des R. F. B.  
Referent: Gen. **L. Stift** (Vorsitzender des Propo-  
nenten Komitees)
3. Statuten.
4. Wahl der Bundesleitung.
5. Allfälliges.

**Diese Einladung ist beim Saaleingang vorzuweisen,  
ansonsten kein Einlaß.**

**Für das Proponentenkomitee:**

Stift Leop.

M. Abt. 49/16796/27

Verein "Roter Frontkämpferbund"  
in Wien; Bildung.

Wien, am 6. XII. 1927.

An Herrn

Leopold C t i f t ,

III., Mohrstraße 35

Das Bundeskanzleramt hat mit Bescheid vom 23. November 1927

Z: 178709-9 folgendes anher eröffnet:

Bescheid:

Die Bildung des Vereines wird gemäß § 6 des genannten Gesetzes als gesetzwidrig untersagt.

Gründe: Nach § 2 der in Aussicht genommenen Statuten setzt sich der Verein zum Ziel, die Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung gegen alle Angriffe zu verteidigen. Diese allgemeine, den verschiedenartigsten Bestrebungen Raum bietende Fassung läßt den Vereinszweck nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit erkennen, umso mehr als eine Bestimmung über die zur Erreichung dieses Zweckes in Aussicht genommenen Mittel in den Satzungen volkommen fehlt, in welcher Weise der zu bildende Verein tätig werden kommen fehlt, so daß aus ihnen überhaupt nicht entnommen werden/soll. Infolge dieser unklaren und unvollständigen Fassung der Satzungen wäre insbesondere auch eine Betätigung des Vereines auf politischem Gebiete nicht ausgeschlossen, so daß diesem der Charakter eines politischen Vereines zukäme, für den die im § 4 der Satzungen vorgesehene Gliederung in verschiedene Unterverbände (Zweigvereine) im Hinblick auf § 33 des obgenannten Gesetzes unzulässig wäre. Außerdem fehlt in den Satzungen eine Angabe über die Zusammensetzung der nach § 4 derselben vorgesehenen Organe der Vereinsleitung, über die Erfordernisse gültiger Beschlüßfassungen, Ausfertigungen und Bekanntma-

chungen, sowie über die Vertretung des Vereines nach außen.

Die Satzungen entsprechen daher nicht den Anforderungen des  
§ 4, litera a, e, f und h, des obbezogenen Gesetzes.

Hievon erfolgt die Verständigung.



d. Bürgermeister als Landeshauptmann.  
Der Abteilungsvorstand:

  
Ober-Senatsrat

Wien, am 10. Dezember 1927

An die

Wiener Landesregierung,

W i e n .  
-----

Die Unterzeichneten bringen hiemit die Gründung des Vereines  
" R O T E R F R O N T K A E M P F E R B U N D " zur behördlichen  
Anmeldung.

Der Zweck und Aufbau des Vereines ist auf beigelegten Statute  
ersichtlich.

Für das Proponentenkomite:

Leopold Stift

Kurt Landau, XVIII., Vinzenzg. 24  
Leopold Stift, III., Mohsgasse 35

6 Beilagen.



# S t a t u t e n

§ 1. Der Verein "ROTER FRONTKÄMPFERBUND" hat seinen Sitz in Wien und erstreckt sich auf das Gebiet des Landes Wien.

§ 2. Der "Rote Frontkämpferbund" setzt sich zum Ziel, die Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung gegen die Angriffe des Faschismus zu verteidigen. Er entfaltet zu diesem Zweck breiteste Aufklärungstätigkeit über das Wesen des Faschismus.

§ 3. Mitglied des Vereines kann jeder werden, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht; die Aufnahme in die Ortsgruppen (Bezirke) unterliegt der Bestätigung durch die Wiener Landesleitung.

§ 4. Der Verein gliedert sich in Wiener Landesorganisation und Bezirksorganisationen (Ortsgruppen). Die höchste Instanz ist die jährlich stattfindende **W i e n e r L a n d e s t a g u n g**. Die Landestagung wählt für die Dauer eines Jahres mit Stimmenmehrheit eine Landesleitung, welche aus einem Obmann und 12 Mitgliedern besteht. Zur Wiener Landestagung entsenden je 50 Mitglieder einen Delegierten; die Delegierten werden auf Bezirksmitglieder-Vollversammlungen mit Stimmenmehrheit gewählt. Die Leitung der laufenden Agenden obliegt der gewählten Wiener Landesleitung im Landesmasstab, den Bezirksleitungen, die auf den jährlich stattfindenden Mitgliedervollversammlungen gewählt werden, im Bezirksmasstab.

§ 5. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 30 Groschen monatlich; er kann durch Beschluss der Wiener Landesleitung geändert werden.

§ 6. Stimmberechtigt sind jene Mitglieder, die mit ihren Beiträgen nicht länger als drei Monate im Rückstande sind. Das Mitgliedsrecht erlischt bei einem Verzug der Beiträge von 3 Monaten.

§ 7. Der Vereinsobmann, oder in dessen Verhinderung einer seiner Stellvertreter vertritt den Verein gegenüber den Behörden und dritten Personen, führt den Vorsitz, unterfertigt die Vereinsdokumente, doch bedarf seine Unterschrift zur Gültigkeit der Gegenzeichnung des Schriftführers, in Geldsachen des Kassiers.

§ 8. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Direktiven der Leitungen durchzuführen. Die Leitungen sind berechtigt, Mitglieder, die ihre Mitgliedspflicht nicht erfüllen, zu rügen bzw. zu suspendieren oder auszuschliessen. Doch bedürfen alle derartigen Beschlüsse der Bestätigung durch die Wiener Landesleitung. Den Ausgeschlossenen steht als letzte Instanz die Berufung an die Wiener Landestagung offen. Wenn mindestens die Hälfte der Mitgliedschaft die Einberufung einer ausserordentlichen Konferenz bzw. der Wiener Landestagung verlangen, ist die Leitung verpflichtet, innerhalb von 3 Monaten die Konferenz einzuberufen.

§ 9. Die Schlichtung allfälliger Streitfälle erfolgt durch ein Schiedsgericht, das von der Wiener Landesleitung eingesetzt, bzw. bestätigt wird. Jedem der klageführenden bzw. beschuldigten Teile steht das Recht auf Entsendung von 2 Vertretern an das Schiedsgericht zu.

§ 10. Im Falle der Auflösung des Vereines verfällt das Vermögen zu Gunsten der Zeitung "Arbeiterstimme" Wien.

§ 11. Die Auflösung des Vereines erfolgt, wenn zwei Drittel der Mitgliedschaft es verlangen.

Für das Proponentenkomite:

Leopold Stift  
III., Mohrstrasse 35.

M.Abt. 49/17368/27.

Wien, am 23. Dezember 1927.

"Roter Frontkämpferbund  
Österreichs in Wien "  
Untersagung.

An Herrn

Kurt L a n d a u ,

XVIII., Vinzenzgasse 24.

Das Bundeskanzleramt hat mit Bescheid vom 15. Dezember 1927,  
Zl.: 183862-9 folgendes anher eröffnet:

Die Bildung des Vereines wird gemäß § 6 des genannten Gesetzes als gesetzwidrig untersagt.

Gründe: Der Verein setzt sich nach § 2 der Statuten zum Ziel, die Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung gegen die Angriffe des Faschismus zu verteidigen, zu welchem Zwecke er breiteste Aufklärungstätigkeit über das Wesen des Faschismus entfalten soll.

Diese Fassung der Zweckbestimmung ist durch den Mangel eines Aufschlusses darüber, was unter dem Ausdrucke "Faschismus" verstanden werden soll, derart unklar, daß sie nicht geeignet ist, eine gesetzwidrige beziehungsweise staatsgefährliche Tätigkeit des Vereines auszuschliessen und daß durch sie auch der unpolitische Charakter des Vereines nicht genügend klar gestellt wird, von dem im Hinblick auf § 33 des obbezogenen Gesetzes die Zulässigkeit der im § 4 der Satzungen vorgesehenen Gliederung in Zweigvereine (Landes-Bezirksorganisationen, Ortsgruppen) abhängig ist.

In formaler Hinsicht mangels in den Satzungen eine Bestimmung

./.

über die Erfordernisse der Beschlußfassungen im Verein ( Bundestag und Bundesleitung) und über die Abgrenzung der Befugnisse der genannten Vereinsorgane.

Die Satzungen entsprechen daher nicht den Anforderungen des § 4, litera a, e und f des obbezogenen Gesetzes.

Hievon erfolgt die Verständigung.



Für den Bürgermeister als Landeshauptmann:

Der Abteilungsvorstand :

*[Handwritten signature]*  
Ober-Senatsrat.

Wien ,am 16. Jänner 1928

An das B U N D E S K A N Z L E R A M T

Wien.

Unterzeichneter bringt hiemit die Gründung des  
Vereines " Roter Frontkämpferbund Oesterreichs "  
zur behördlichen Anmeldung.

Der Zweck und Aufbau des Vereines ist aus den bei-  
gelegten Statuten ersichtlich.

Für das Proponentenkomitee :

Kurt Landau

Wien XVIII.  
Vincenzgasse 24

6 Beilagen.

Satzungen  
=====

des " Roten Frontkämpferbundes Oesterreichs .  
=====

§ 1.

Die Vereinigung führt den Namen :

" Roter Frontkämpferbund Oesterreichs ".

§ 2.

Der Sitz der Vereinigung ist Wien. Sie erstreckt ihren Wirkungskreis auf das Gebiet der Republik Oesterreich.

§ 3.

Zweck der Vereinigung ist : Die Kräfte aller republikanisch gesinnten deutsch-österreichischen Staatsbürger zusammenzufassen, um nachstehenden Programmpunkten Geltung zu verschaffen :

1. Sicherung der republikanischen Staatsordnung.
2. Schutz von Personen und Eigentum jener Vereinigungen, die auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung stehen ;
3. Eingreifen bei Elementarereignissen.

Die Vereinigung ist eine nichtmilitärische private Einrichtung zum Wohle und zur Aufrechterhaltung der Republik .

§ 4.

Die Vereinigung bedient sich zur Erreichung ihres Zweckes folgender Mittel : Aufklärung und Belehrung durch Herausgabe volkstümlicher Schriften sowie Veranstaltung von Vorträgen und Versammlungen und sonstigen Massnahmen im Rahmen der bestehenden Gesetze.

§ 5.

Die Mitgliedschaft kann erwerben :

1. jeder auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung stehender Staatsbürger, der das 16. Lebensjahr überschritten hat ;
2. Körperschaften, die nachweisbar auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung stehen .

§ 6.

Die Anmeldung der Mitgliedschaft erfolgt bei der zuständigen Ortsgruppe der Vereinigung. Ueber die Aufnahme entscheidet ein Aufnahmeanusschuss, der von jeder Ortsgruppe zu wählen ist. Jede

Aufnahme bedarf der Bestätigung der Bundesleitung. Körperschaften, die nach § 5, lit. 2 die Mitgliedschaft erwerben wollen, haben sich bei der Bundesleitung anzumelden.

#### § 7.

Mit dem Eintritt in den "Roten Frontkämpferbund Oesterreichs" übernimmt das Mitglied alle aus dem Wesen der Vereinigung sich ergebenden Pflichten. Jedes Mitglied besitzt das aktive und passive Wahlrecht für die Vertretungskörperschaften des Bundes und der Ortsgruppe.

#### § 8.

Die Mitgliedschaft erlischt : 1. durch den Tod, durch Entmündigung und Verhängung einer Vormundschaft wegen Geisteskrankheit und Trunksucht. 2, durch freiwilligen Austritt ; die Austrittserklärung ist schriftlich an die Stelle zu richten die die Anmeldung gemäss § 6 entgegennahm ;

3. durch Ausschluss bei schwerer Pflichtverletzung oder wenn die Voraussetzungen sich geändert haben, unter denen die Aufnahme durchgeführt wurde. Ueber den Ausschluss entscheidet der Aufnahmeanusschuss, bei Vereinigungen die Bundesleitung mit einfacher Stimmenmehrheit. Der Ausschlussbeschluss des Aufnahmeanusschusses hat zunächst nur die Wirkung der Suspension der Mitgliedsrechte. Erst nach Bestätigung durch die Bundesleitung tritt der Ausschlussbeschluss des Aufnahmeanusschusses voll in Kraft. Die Bundesleitung kann den Ausschluss auch unmittelbar beschliessen.

#### § 9.

Die Bundesleitung setzt sich zusammen : Aus dem Vorsitzenden, dem Kassier, dem Schriftführer, Sekretär und deren Stellvertretern. Der Vorsitzende vertritt den Verein nach aussen .

Die Bundesleitung beschliesst bei Anwesenheit der Hälfte ihrer Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Die Bundesleitung wird von den Obmännern der Ortsgruppen mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt, Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

#### § 10.

Mit Zustimmung der Bundesleitung können Ortsgruppen errichtet werden. Jede Ortsgruppe wählt aus ihrer Mitte den Obmann und dessen Stellvertreter sowie den Aufnahmesausschuss. Alle Funktionen sind ehrenamtlich. Der Aufnahmesausschuss beschliesst unter dem Vorsitz des Obmannes oder seines Stellvertreters und in Anwesenheit der Hälfte seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

#### § 11.

Jedes Jahr muss mindestens einmal eine Versammlung der Mitglieder jeder Ortsgruppe stattfinden. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Entschlüsse ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen mit einfacher Stimmenmehrheit. Von den Beschlüssen ist eine schriftliche Darstellung anzufertigen, die vom Vorsitzenden (Obmann) zu unterzeichnen ist. Der Obmann vertritt die Ortsgruppe nach aussen und unterfertigt alle Schriftstücke der Ortsgruppe.

#### § 12.

Regelmässige Verhandlungsgegenstände der Mitgliederversammlung

1. sind : Berichte über die abgelaufene Tätigkeitsperiode ;

2. Anträge und Wünsche.

#### § 13 .

Die Bundesleitung führt und vertritt den "Roten Frontkämpferbund Österreichs " und hat das Recht ,Hilfskräfte anzustellen.

#### § 14 .

Die Vereinsmittel werden durch Mitgliedsbeiträge, freiwillige Spenden und Zuwendungen aufgebracht, deren Einnahme und Verwaltung der Bundesleitung obliegt.

#### § 15.

Alle von der Vereinigung ausgehenden Schriftstücke sind vom Bundesvorsitzenden oder seinem Stellvertreter zu zeichnen.

#### § 16.

Streitigkeiten zwischen Mitgliedern werden durch einen fünfgliedrigen Schlichtungsausschuss entschieden. Jeder der streitenden




Teile bestimmt zwei Mitglieder ,den Vorsitzenden ernennt die Bundesleitung.

§ 17.

Der " Rote Frontkämpferbund Österreichs " kann über Beschluss der Obmännerversammlung der/ Ortgruppen ( § 10 ) aufgelöst werden. Ueber die Verwendung des Bundesvermögens entscheidet in diesem Falle die Bundesleitung.

Wird der Bund durch die Behörde aufgelöst, so ist das Vermögen über Entscheidung der Bundesleitung einer Institution zuzuwenden, welche ähnliche Ziele wie der " Rote Frontkämpferbund Österreichs " verfolgt.

 <b>Aufgabeschein.</b> Gegenstand: <i>100 Stk. 110</i> an <i>Mag. Abt. 49</i> in <i>NT</i>	Wert		Gewicht		Menge		Gebühr	
	S	G	kg	g	S	G	S	G
								65
	Besonderer Vermerk:							

Absender:

**Wiener Magistrat**

G. Z.: 49/ 3543/28.

An Herrn

Leopold S t i f t ,

Magistrats-Abteilung



III., Mohrgasse 35

**Postgebühr beim  
Empfänger einheben.**

Drucks. 120. — Gem. Mag. Exped.

Wiener Magistrat als Amt der Landesregierung, mittelbare Bundesverwaltung.

M.Abt.49/ 3543/28

Verein "Roter Frontkämpferbund  
Österreichs" in Wien, Bestands-  
bescheinigung.

Wien, am 30. März 1928.

An Herrn

Leopold S t i f f ,

III., Mohsgasse 35.

Das Bundeskanzleramt (Inn.) hat mit Bescheid vom 26.III.28, Z: 105.349-9 anher mitgeteilt, daß eine Bescheinigung nach § 9 des Gesetzes vom 15.XI.1867, R.G.Bl.Nr.134 nur dem Verein bei Vorlage eines korrekturfreien mit dem der Vereinsbildungsanzeige beigelegten wörtlich übereinstimmenden Statutenexemplares auf Grund eines satzungsgemäß gefertigten Einschreitens erteilt werden kann, sobald die Konstituierung des Vereines nach Vorschrift des §12 dieses Gesetzes der Behörde angezeigt wurde.

Der Einschreiter, der auf der am 19.Jänner d.J. eingelangten Anzeige von der Bildung des "Roten Frontkämpferbundes Österreichs" nicht als Proponent der Vereinsgründung angeführt erscheint, ist zu einem derartigen Ansuchen nicht legitimiert.

Hievon erfolgt die Verständigung.

F.d.Bürgermeister als Landeshauptmann.  
Der Abteilungsvorstand:



  
Ober-Senatsrat